

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschriften oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Wettkam 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld G. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 13. Juli.** Die Bemerkungen des Reichskanzlers über die Umwandlung des Zentrums scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. In immer neuen Artikeln vertritt die „Germania“ die Behauptung auf eine irrthümliche Auffassung der Vorgänge in der Zentrums-partei zurückzuführen. Man muß nicht mehr beweisen wollen, als man an der Hand der That-sachen beweisen kann. Die Polemik zwischen der „Germania“ in Berlin und dem Zentrumsorgan in Breslau nimmt ihren Fortgang und läßt keinen Zweifel über die Richtung, in der sich die Wandlung vollzogen hat. Auch genügt ein Blick auf die Zusammenfassung des Zentrums im neuen Reichstage, um den Charakter dieser Wandlung zu begreifen. Es müßte ein seltsamer Zufall sein, wenn ohne jeden äußeren und inneren Grund aus der Zentrumspartei mit einem Schlag die Vertreter der katholischen Welschschlesier nahezu vollständig verschwunden sein sollten, aus deren Mitgliedschaft in der Partei früher mit Stolz hingewiesen und das größte Gewicht gelegt worden war; und wenn in demselben Augenblicke, wo die Achtung der militärröhmlichen Neigungen verächtlicher Aristokraten aufrecht erhalten wird, dem liberalen Radikalismus besondere Schonung bewiesen wird. Die Wiederaufnahme des vor wenigen Monaten erst einmütig aus der Partei ausgeschlossenen Redaktors Fusangel ist zwar noch nicht offiziell bestätigt worden, und es würde dem Gedankensatz nicht ganz entsprechen, wenn es sich bestätigte, daß die Redaktion des bieser von Fusangel geleiteten Blattes einem Schilling des Herrn Dr. Lieber übertragen sein sollte, und zwar dem Verfasser der von Lieber mit seinem Vorwort versehenen Schrift über den Antheil der Jesuiten an der Erhebung Preussens zum Königreich. Aber der Stimmung, in der jetzt die Partei steht, würde eine Zurücknahme des Achtungsbeschlusses sicher entsprechen, und wer weiß, ob sich dann nicht auch noch ein Weg eröfnet läßt, auf dem sich der Preussener Presser mit dem Wuppener Lieber zum Verhörmingsakte zusammenfinden kann.

— Eine prinzipiell wirtschaftliche Frage, die Anfringung der Kommunalsteuer betreffend, hat kürzlich dem Provinzialrath von Schlesien zur Entscheidung vorgelegen. Der Magistrat von Oppeln hatte beim Bezirksausschuss die Genehmigung zur Erhebung eines Einkommensteuerruzschlages von 250 Prozent, statt der bisherigen 220 Prozent beantragt. Diese Genehmigung war verweigert und anbegehrt worden, den Ausfall von 30 Prozent durch einen entsprechenden Zuschlag auf die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu decken. Gegen diesen Bescheid wurde beim Provinzialrath von Schlesien Beschwerde eingelegt; dieselbe ist nunmehr endgiltig zurückgewiesen worden. Aus der Begründung dieser Zurückweisung sei kurz Folgendes hervorgehoben: „Die Gemeinden seien wesentlich wirtschaftliche Verbände, die an erster Stelle diejenigen Vorbedingungen zu erfüllen hätten, auf denen das nachbarliche wirtschaftliche Zusammenleben und die Erwerbthätigkeit ihrer Einwohner beruhe. Innerhalb der Gemeinden könne daher die Leistungsfähigkeit nicht den ausschließlichen Maßstab der Besteuerung bilden. Dieser werde vielmehr ergänzt werden müssen durch den Grundbesitz der Leistung und Gegenleistung. Wenn nun auch ein Theil der Gemeinde-Ausgaben gleichmäßig allen Einwohnern mehr oder weniger gleichmäßig zum Vorteil gereiche, so komme ein anderer Theil der Ausgaben ganz oder überwiegend den mit der Gemeinde untrennbar verbundenen Objekten (Grund- und Hausbesitz und Gewerbebetrieb) zu gute. Ferner sei zu beachten, daß während dem nicht dauernd e-ffizienten oder an den Wertverlust in der Gemeinde gebundenen Steuerpflichtigen häufig nur vorübergehende Vorteile aus der Gemeindegewinnung zufließen, diese für die mit der Gemeinde ungetrenntlich verbundenen Objekten dauernder Natur seien. Hieraus ergebe sich, daß die ausschließliche Anfringung des kommunalen Steuerbedarfs durch Einkommensteuern ohne Rücksicht auf die Zwecke und die Wirkungen der Gemeindegewinnung den Anforderungen einer gerechten Steuervertheilung widerspreche. Neben den leistungs-fähigkeit berücksichtigenden persönlichen Steuern werde daher regelmäßig ein Theil des Steuerbedarfs durch realitätsaufzubringende Steuern derselbe auch zunächst — so lange die Realitäten noch für die Deckung des staatlichen Steuerbedarfs mit herangezogen werden — den Anforderungen für die realen Güterquellen nicht völlig werde entsprechen können. Aus diesen Gründen erscheine die Entscheidung des Bezirksausschusses völlig sachgemäß und zutreffend. Wenn bisher in Oppeln Zuschläge zu den Realsteuern nicht erhoben worden seien, so könne dies kein Grund sein, die bisherige unbillige Besteuerung beizubehalten oder gar durch Erhöhung der Zuschlagsprocente die in dem bisherigen Besteuerungsmodus liegende Unbilligkeit noch zu schärfen. Was endlich die Berücksichtigung des auf das Budget der Stadt übernommenen Kreisvermögenstill ihrer Zinsen anlauge, so sei dem Magistrat beizutreten, daß für die Stadtgemeinde eine gesetliche Verpflichtung zur Mitberanzahlung der Realsteuern für die Anfringung dieses Vertrages nicht bestehe. Dies schließe aber nicht aus, daß bei der Würdigung einer zweiten Vertheilung der städtischen Abgaben die darin mitzuhaltenden Kreisvermögen still der Realsteuern hinweisen, gleichfalls Berücksichtigung finden.“

— Die Klage des Fürsten Bismarck gegenüber den ihm in Friedrichshagen beizuhaltenden vierhundert Bewohnern von Lippe, daß das nationale Drapeau geschwenkt geworden sei, findet die „National-Zeitung“ berechtigt. Zur Abhilfe macht sie folgenden bemerkenswerthen Vorschlag: „Das Mittel zur Vertheidigung des nationalen Drapeaus, welches wir für das richtige halten, mag im Augenblicke schwierig zu erlangen sein; dies kann uns aber nicht hindern, darauf hinzuwirken. Es ist ein Reichs-Oberhaus neben dem Reichstag, in das die Kräfte, welche Fürst Bismarck zur die Nationalpolitik in Wirklichkeit setzen will, durch Wahl seitens der Einzelstände und durch Ernennung seitens der Bundesfürsten gelang-

gen müssen. Dann kann der Bundesrath auf seine Funktionen als gemeinsames Organ der Bundesregierungen und können die Einzelstände auf ihre natürlchen Aufgaben beschränkt bleiben. Will man den Bundesrath im Oberhause aufgehen lassen und ihn durch ein Reichsministerium erzeugen, so würden wir dies für die richtige Organisation halten; aber es ist keine unerlässliche Vorbedingung.“

Dieses Programm deckt sich nicht mit der neueren Forderung des Fürsten Bismarck, denn diese ging darauf hin, den Bundesrath selbst zu einem Reichs-Oberhaus zu machen. Der Ein-richtung von Reichsministern hat, wie bekannt, Fürst Bismarck mit großer Entschiedenheit wider-sprochen und dem Bundesrath feierlich erklärt, daß er jedes darauf gerichtete Bestreben als einen Angriff auf die Verfassung und die verfassungsmäßigen Rechte der verbündeten Regierungen an-sehe. Bei wiederholten Anlässen hat Fürst Bismarck sich dahin geäußert, daß die Bundesraths-Ausschüsse die Ministerien darstellen.

Nach einer Meldung der „Kön. Hg.“ aus Rom hat der Prinz von Neapel die Ein-ladung zur Beteiligungs an den deutschen Kaiserermählungen im Herbst angenommen.

Es dürfte, wie die „Straßb. Post“ ver-muthet, feststehen, daß der Kaiser am 9. September in Straßburg i. E. eintrifft, am 10. September die Grundsteinlegung der neuen ewangelischen Garnisonkirche vornimmt und entweder am gleichen Tage oder aber am 11. September wieder von Straßburg abreisen wird. Vom 3. bis 9. September wird der Kaiser in Metz, beziehungsweise in Lothringen, weilten.

Der Erbprinz von Meiningen scheint nun-mehr in der That Berlin mit seiner Familie ver-lassen zu wollen, wenigstens ist die von ihm bis-her innegehabte Wohnung an der großen Duer-Allee zu vermieten.

**Posen, 12. Juli.** Die Immediat-Kommission zur Beschlußfassung über die Einrichtung der Warty beschloß nach längerer Beratung, unter Verwerfung aller anderen Entwürfe, das von der Stadt vorgelegte Projekt unter Vorbehalt einer technischen Detailprüfung zur Ausführung zu empfehlen.

**Bonn, 12. Juli.** Heute fand die Eröffnung des neuerbauten Provinzial-Museums rheinischer Alterthümer durch den Landesdirektor Klein statt. Der Feier wohnten der Oberpräsident Klafie, der Kurator Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Gantner, der Rektor Geh. Medizinalrath Dr. Eichmich und der Senat der Universität, sowie die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden bei.

**Zanterburg i. P., 12. Juli.** Am 9. d. Mts. starb plötzlich der Dirigent unserer latein-lofen höheren Knabenschule, Dr. phil. Ahn. In weiten Kreisen war er wegen der von ihm heraus-gegebenen deutsch-französischen Sprachbücher (Wunsch-Verthebe) bekannt.

**Liebenverda, 12. Juli.** Die Briquet-fabrik „Hobenzeleuzer“ nebst der Grube „Nothstein“ haben aus Mangel an Absatz den Betrieb eingestellt. 200 Arbeiter sind in Folge dessen brodelos.

**Schweini, 12. Juli.** Der mit der kom-munalfürsorge Verwaltung der Forstinspektion Doberan beauftragte Forstassessor, Jagdhunter Fehr, Werner v. Brantenstein, ist zum Forst-meißer und vortlichen Forstinspektionsbeamten zu Doberan ernannt.

Seitens des Bezirkskommandos Schwerin werden übungs-pflichtige Reservisten, die Na-djahr und genügt sind, als solche das Manöber der 34. Infanterie-Brigade mitzumachen, erucht, sich auf dem Bureau des genannten Kommandos zu melden.

**Mürnberg, 12. Juli.** Bei den Landtags-wahlen verloren die Liberalen sieben Mandate, davon vier an die Sozialdemokraten und drei an Bauernbünd. Das Zentrum verlor fünf Mandate, davon eins an die Sozialdemokratie und vier an den Bauernbund, für den Dr. Kraginger zweimal gewählt ist, während Sigi durchfiel. Die Konservativen verlieren ein Mandat an das Zentrum; die Sozialdemokraten haben fünf Mandate, die Volkspartei eins.

Die Ereigniffe spiegeln im Kleinen den Anstalt der Reichstagswahlen wieder. Hier vor sind die Liberalen und das Zentrum durch die Sozialdemokratie und die Bauernbewegung verdrängt worden. Auch die Konservativen, die in Bayern eine sehr untergeordnete Rolle spielen, gatten darunter zu leiden. Die Erfolge des Bauernbundes entsprechen dabei einerseits dem Anwachsen des Antisemitismus, andererseits des Bundes der Bauernwirthe. Denn der Bauernbund ist, abgesehen von seinem ausgeprägten Partikularis-mus, zwar durchaus reaktionär, aber dabei selb, leich antientistisch und oppositionell. Mit der Wehrtheil der Ultramontanen ist es im neuen bayerischen Landtage zu Ende. Für die bayerische Regierung wird es sich mit dem neuen Landtage weit schwerer arbeiten lassen, als mit dem alten, der über eine akademische Opposition nicht hin-auskam.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 10. Juli.** Es giebt unter den deut-schen Abgeordneten der Alpenländer sonderbare Klänge, die mit kühnem Gleichmuthe, ja mit trotzigem Muth die Kämpfe begleiten, die die Deutschen Bürgers gegen den slavischen Gegner auszudehnen haben. Diese Herren, die sich noch dazu auf die Deutschesten der Deutschen heraus-spielen, verschmähen es sogar nicht, durch ihre of-fizielle Haltung gegenüber den Deutschliberalen deren Position zu schwächen und damit die Ge-schäfte der Regierung zu besorgen. Sigmund ihr Führer, der künftige Abgeordnete Steinwender, jüngst in einer Versammlung zu Brunn so weit, den Jungszecher ab der von ihnen im Prager Landtag zum Schaden der Deutschen angewendeten Gewaltpolitik ein Lobgedicht zu singen. Eine solche bechnmliche Gleichgültigkeit für das Schick-sal der Deutschen in den Sudetenländern ist unter allen Umständen äbel am Platze, sie ist doppelt lächerlich angesichts der Thatfache, daß auch die Deutschen der Alpenländer nichts weniger als auf Rosen gebettet sind. Wenn Dr. Steinwender blind genug ist, um der slavischen Propaganda in Klärten kein Gewicht beizulegen, so wird ihm und seinen Anhängern vielleicht der Verlauf des Parteitages der Deutschen Unterstermarkts, der gestern in Eill abgehalten wurde, den Staat-scheitern und ihn erkennen lassen, daß die Interessen der Deutschen dies- und jenseits der Alpen jösti-darisch sind und nur festes Zusammenhalten ihnen

und drüber deutsches Land und deutsches Volk vor der slavischen Ueberflutung bewahren kann. Jünshundert Vertreter aus allen Gauen der Steiermark waren erschienen. In allen Reden wurde auf die Gefahr der fortschreitenden Slo-monisirung des steierischen Unterlandes hingewiesen, eine Gefahr, die durch die langjährige Unterstützung seitens der staatlichen Behörden heraufbeschworen wurde und leider auch jetzt noch in Folge der (für die Slovenen) wohlwollenden Neutralität der Regierung im Wachen begriffen ist. Sehr im Gegenzage zu der verbliebenen Politik jener Engländer erwählten Deutschnationalen wurde in der einstimmig beschlossenen Kundgebung des steiermännlichen Parteitages die Er-haltung und Förderung des Deutschtums als leitender politischer Grundsatz, dem alle Interessen unterzuordnen sind, aufgestellt und erklärt, daß alle Deutschen eine Partei zu bilden haben, die Alles unterstützt, was dem Deutschtum nützt, hingegen Alles bekämpft, was dem Deutschtum schaden kann. Schließlich wurde die „Ge-meinschaft aller Deutschen in Oesterreich“ als das höchste anzustrebende Ziel bezeichnet. Ein Redner, Dr. Foreger, der Vertreter Eillis, vertheidigt den Satz „Wer für das Deutschtum kämpft, kämpft für Oesterreich“ und schloß mit dem Worte Bismarcks: „Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen.“ Wüchtern doch alle Vertreter der Deutschen diese Mahnungen beherzigen! Die Regierung ihrerseits möge aber den Worten eines anderen Redners, des Grafen Stürpfl, ernste Beachtung schenken, der erklärte, daß vor einer Desorganisation des gesammten Staatswesens, vor einer ersten Gefährdung des einheitlichen Bestandes Oesterreichs stehen. Die slavische Bewegung in Böhmen habe sich auf den Weg der Gewalt begeben, die Revolution sei dort zum offenen Ausbruch gelangt. Nicht um Trautmann handle es sich, nicht um den Anstalt des Konfliktes, sondern um die Art seines Auszuges. Die Deutschen müßten Satisfaktion verlangen. Nur eine entschiedene Umkehr der Regierung konnte geordnete Zustände schaffen, sonst werde im Herbst ein offener Kampf entbrennen für Recht und Ge-setz, für Volkstum und Verfassung, für Kaiser und Reich! — Wenn alle Vertreter der Deutschen Oesterreichs einmütig eine solche Sprache sprachen, brauchte uns um die Zukunft der Deutschen in diesem Staate nimmer bange sein.

**Juli, 12. Juli.** Der Kaiser Franz Josef traf heute Abend gegen 6 Uhr mittels Hospitarzuges hier ein.

**Zandbrunn, 12. Juli.** Bei den Ortsauswahl- für den Trolok Landtag wurden in den südöstlichen Stadtbezirken die früheren Landtags-Abgeordneten wiedergewählt.

### Belgien.

**Brüssel, 11. Juli.** Die Kunst des Menschenmörders im Großen macht granzige Fortschritte. Heute ist es ein Deutscher, morgen ein französischer und übermorgen ein osterreichischer Erfinder, welcher die „Zivilisation“ mit einer neuen Kriegsmaschine beschenkt. Gegenwärtig macht die Erfindung des französischen Ingenieurs Turpin großes Aufsehen, und wenn auch sehr viel Uebertreibung gemacht wird, so scheint es sich doch um eine Erfindung zu handeln, welche Beachtung geradezu abnöthigt.

So scheint es wenigstens nach einem Brief, den ein Freund des bekannten Erfinders des Mel-nis in die „Gazette de Charleroi“ richtet, und den wir hier in estenso wiedergeben:

„Die neueste Erfindung Turpins macht sehr viel Aufsehen und zieht die Aufmerksamkeit aller Staaten Europas und nicht zum wenigsten auch der internationalen Friedensliga auf sich. Deutschland, auf welches die Nachricht von der Erfindung eigentlich am meisten hinterdrück hätte mach'n müssen (sic!) scheint sich mit ver-selben nicht viel zu beschäftigen.“

Wie es sich nun auch mit den pessimistischen Ansichten mancher Leute über den Werth der Turpinischen Erfindung verhalten mag, jeden-falls ist jowid sicher, daß die zerstörende Wirkung des Geschosses eine ganz ungewöhre ist. Was die Zahl der geschleuderten Einzelgeschosse anbetrifft, so ist dieselbe nichts neues, denn bereits im Jahre 1870 hat Vaufliere ein ähnliches fast noch größeres Geschöß konstruirt, welches 22 000 Einzel-geschosse und 200 Brandstrahlen enthielt; das Ge-schöß Turpins schleudert 72 000 Kugeln und Brandstrahlen auf den Feind.

Das System der Vertheilung des Inhalts der Bombe ist auf die Elektricität und auf die Eigen-schaften der stärksten Explosionsstoffe basirt. Das Geschöß (sich) besteht aus einer zylindrischen Bombe von 1.50 Meter Höhe und 0.50 Meter Durchmesser. In der Mitte der Bombe befindet sich ein vertikaler Zylinder, welcher 50 Kilogramm Explosionsstoffe enthielt. Der Mantel der Bombe ist von 476 kleineren Kanonenrohren besetzt, die je 70 Kugeln, und 308 noch kleineren Bomben, welche je 126 Kugeln und schließlich mit 200 Brandstrahlen besetzt.

Diese Bombe wird durch ein lenkbare Luft-schiff (— das Turpin bekanntlich auch erfunden will —) getragen und von demselben aus auf den Feind geworfen. Sie kann auch durch ein Geschöß geschleudert werden und zwar auf eine Weise Minimum-Entfernung.

Wenn das inredbare Geschöß seine größte Höhe erreicht hat, neigt es sich mit der Spitze nach unten und fällt bis 1—2 Meter Entfernung von der Erde. In diesem Augenblicke gehen die mit Zinkanzugeln geladenen kleinen Kanonen los, 33,320 Projektilen nach allen Richtungen der Windeer streizpreuzen, und zwar alle horizontal und auf mehrere 100 Meter Entfernung; eben-so werden im nämlichen Augenblicke die 700 Brand-strahlen geschleudert. Sobald das Riesengeschöß den Boden berührt, explodirt es und jagt die Stücke des Stahlmantels, sojann die mit 3800 Kugeln geladenen kleinen 308 Bomben nach allen Himmelsrichtungen auseinander. Alles was sich im Umkreise von 150 Meter befindet, ist unrettbar verloren.

Der einzige Trost, welchen man angesichts solcher entsetzlicher Wunschemerkmächnissen em-pfindet, ist der, daß sie es schließlich doch einmal sein werden, welche die Völker veranlassen, mit einander dauernden Frieden zu schließen, und zwar, weil es bei der Anwendung solcher Kriegs-maschinen schließlich nur noch von mehr oder weniger großen Zufällen abhängen wird, wer Sieger und wer Besiegter wird.

### Frankreich.

**Paris, 10. Juli.** Die „Eclaircette“ beschäftigt

sich mit der Reife des Aedie nach Konstan-tinopel, die, ähnlich wie die deutsche Thronrede, in Folge der Pariser Unruhen hier kaum beachtet wird. „Man hat behauptet“, schreibt das ebejem von Ferry inspirirte Blatt, daß jener Besuch eine Niederlage für die englische Politik bedeute. Das heißt doch, ein bißchen zu weit gehen.“ Es sei ja richtig, daß der Besuch den gern als Vermittler zwischen Bismarck und Sugeran aufzutretenden Engländern aus den angedeuteten, von der „Eclaircette“ ausführlich dargelegten Gründen, nicht an-genehm sei, aber vielleicht fürchte der Sultan, daß kein Bismarck, nachdem er die englische Vormund-schaft abgeschüttelt, der nationalen Bewegung ent-sprechend, dasselbe mit der Vormundschaft der Pforte versuchen würde. Und aus diesen und ähnlichen Betrachtungen zieht das Blatt den Schluß:

„Das allgemeine europäische Interesse deckt in dieser Frage das französische Sonderinteresse. Unsere Politik in Egypten kann nicht mehr die-selbe sein wie vor zwanzig Jahren. Wenn man die Waube lockert, in welchen England den Aedie gefangen hält, muß man notwendigerweise die anziehen und festigen, welche ihn dem Sultan verbinden. Das ist das einzige Mittel, England zu entfernen, dessen ausschließlicher Einfluß für unsere Interessen so schädlich ist.“

Ein anderes Mittel, als dies diplomatische, haben die Franzosen in der That nicht, um zum Ziel zu gelangen, denn gegen England hat man nur große Worte; die Thaten spart man sich für Deutschland auf.

Das Ministerium hatte sich bei den jüngsten Wirren in den Strafen von Paris ziemlich zu-benommen; seine nachträglich bekundete Schwäche macht keinen günstigen Eindruck. Ich spreche von dem Ausschluß des Finanzministers Fevral, zu-rückzutreten und zwar lediglich aus dem Grunde, weil seine ehemaligen Parteigenossen, von der ängstlichen Linken mit der Maßregel der Regie-rung, vor allem mit der Schließung der Arbeits-börse, nicht zufrieden waren. Man begreift, daß dieser Ausschluß im Augenblicke, wo es sich um die Bewilligung des Budgets als letzte Leistung einer demüthigt von Rechts wegen auseinandergehenden Kammer handelt, den übrigen Mitgliedern des Ministeriums recht unangehen kam. Dennoch zeigt es nicht gerade von Heldenmuth, daß man Herrn Fevral, um ihm zum Bleiben zu bewegen, den Polizeipräsidenten Lozé opierte. Daß die Polizei reformbedürftig ist, wird ja allgemein zugegeben, aber Lozé hat sie nicht gemacht, hat sie nicht organisiert, und gerade er wäre vielleicht besser als ein anderer dazu befähigt gewesen, die erwähnte Reform durchzuführen. Nach diesem ersten Zu-geständnis der Regierung an die Forderungen der Radikalen fragt man sich ängstlich, ob sie sich nicht bald zu einem zweiten herbeilassen wird, nämlich zur Wiedereröffnung der Arbeitsbörse. Dadurch würde der gute Eindruck, den ihr jün-gstes zielbewußtes Auftreten gemacht hat, völlig ver-wischt werden.

**Paris, 12. Juli.** Der Nationalkongress der 35 Arbeitsbörse beschloß ein Manifest, in welchem gegen die Maßregeln der Regierung pro-testirt wird und die Arbeiter aufgerufen werden, nicht an der Feier des 14. Juli theilzunehmen.

Entem Vernehmen nach wird der Kriegs-minister dem heute von Beauquier eingebrachten Antrage betreffend die Beurteilung von Militär-pflichtigen entgegenzutreten.

Eine Anzahl Deputirter brachte einen Gesetzentwurf ein betreffend die Prüfung einer Nickel-Scheideinlage.

**Toulon, 12. Juli.** In dem Aerondissement Toulon kamen gestern fünf Cholera-Erkrankungen und vier Cholera-Todesfälle vor.

### Italien.

**Rom, 12. Juli.** Im Senat regte heute Cavalletto die Herjellung einer unterfrischen Ver-bündung zwischen Italien und Sizilien an. Senator Moriana unterstützte diese Idee; eine venedi-gianische Gesellschaft würde das Projekt für zwei-miudinhundert Millionen Lire ausführen. Der Ar-beitsminister erklärte, die Regierung werde die Idee seiner Zeit in Berücksichtigung ziehen.

### Großbritannien und Irland.

**London, 12. Juli.** In dem vorläufig für den Besuch Kaiser Wilhelms in Cowes festzeseh-ten Programm sind zwei Staatsbanketts vorgesehen: das eine giebt die Königin Viktoria in Soborie, das andere der Prinz von Wales an Bord der „Victoria and Albert“. Der Kaiser wird auch an einem Klubn der „Royal Yacht Society“ theilnehmen und selbst ein Diner an Bord seiner eigenen Yacht geben. Kaiser Wilhelm wird am 30. d. Abends in Cowes erwartet und beabsich-tigt sechs Tage hier zu bleiben. Der „Meteor“ wird an dem Wetteffeln um den von der Königin gestifteten Becher theilnehmen.

**London, 12. Juli.** Unterhans. Der De-putirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie er das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Anmeldung eines An-trags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortge-setzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabfäge 3 und 4, so daß die rüchen Ver-treter im Reichsparlament bei allen Verhandlungen stimmberechtigt bleiben sollen. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegen-stände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollen. Rathbone und Wallace (Radikale) be-kämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parla-mentssekretär der Kolonien Burton auf ein Antrage, die kolonialen Behörden in New-Zealand hätten einen Eingangszoll auf gewisse Vorräthe und einen Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier franzö-sischer Schiffe, die sich mit Fischerei an Vertrags-orten befähigten, sowie für die Nummeraktoren an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Floten-offizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gefaßten Bülle gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forde-rung an die Regierung von New-Zealand ver-wiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt,

worauf der französische Admiral einen formellen Protest gegen den Gouverneur einreichte und sofort nach St. Pierre abfegelte. Die englische Regie-rung habe von der französischen Regierung noch keine Mittheilung über diesen Zwischenfall er-halten.

**London, 12. Juli.** Nach einer Drahtmel-dung aus St. Johns ist der Fischereistreit zwi-schen Frankreich und Newfundland plötzlich auf-geklommen. Ein französischer Kreuzer unter dem Befehl des Admirals Lamorons kam Sonntag in St. Johns an. Als der Admiral hörte, die Newfundländer Regierung bestatigte die Entsch-eidung des Zollamtes, daß eine zollfreie Landung von Axteln für den Gebrauch französischer Fischer nicht statthaft sei, lehnte der Admiral die Ein-ladung des Gouverneurs zu einem Balle wegen der Feier der Vermählung des Herzogs von York ab, da er in der Handlungswelke der Regierung eine Beleidigung Frankreichs zu erblicken glaubte. Die Angelegenheit ist übrigens in der heutigen Unterhandlung bereits zur Sprache gekommen.

### Serbien.

**Belgrad, 12. Juli.** Die Skupschtina nahm in zweiter Lesung den allgemeinen Zolltarif en bloc an. Die namentliche Abstimung erfolgt morgen. Die provisorischen Handelsabkommen mit Frankreich und England sind eingebracht worden.

Der niederländische Gesandte in Wien, welcher dem Könige das Autographen auf die Notifizierung der Thronbesteigung überbrachte, erhielt das Großkreuz des Tafowa-Orems.

### Asien.

**Shanghai, 9. Juli.** Die Herrn Archibald und Lamb, die sich nach Sing-Pu begeben hatten, um die Leichen der ermordeten zwei schwedischen Missionare hierher zu bringen, mußten trotz der ihnen ertheilten Versicherungen des Bischofs un-berührte Sache zurückkehren. In Hanow ist eine Entschuldigungsverammlung abgehalten worden. Es wird großer Festigkeit bedürfen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Wie dem „Stand“ gemeldet wird, wollen die Mandarinen die Leichen der Missionare Wilscholl und Johansen wegen der an ihnen verübten fürchterlichen Verhüllungen nicht ausliefern. In Schantung ist ein amerika-nischer Missionar von der Bevölkerung arg miß-handelt worden.

### Afrika.

Die jetzt so scharf an uns heranretende Frage wegen Einwanderung der Buren in unser südwesafrikanisches Schutzgebiet hat mit Recht zu weiten Erörterungen in den deutschen Zeitungen geführt. Im allgemeinen ist die Stimmung gegen eine Zulassung der Buren in größerer Anzahl; den Buren sieht man wegen der bekannten, bei ihnen ausgeprägten Eigenschaften mit Miß-trauen entgegen; auch würde die Aufnahme von Schaaren von Buren die Einwanderung deutscher Landleute hindern und schädigen. Die Frage kann von amtlicher Seite auch schon in diesem Sinne als entschieden angesehen werden; das südwesaf-rikanische Gebiet soll der deutschen Einwanderung vor-behalten werden, und schon unter diesem Gesichtspunkte ist kein Raum für die Buren, die in wech-selnden Taufenden auf dem Morche sind. Auch hier die Regierung schon ganz bestimmte Stellung gegen die Buren-Einwanderung genommen. Am 1. März 1893 erklärte der Reichskanzler Graf von Caprivi bei den Kolonial-Verhandlungen im Reichstage: „Man hat an die Regierung das Er-suchen gestellt, Buren hineinzulassen mit der Au-gabe, es wären an die Verhältnisse gewöhnte, fleißige Leute. Indessen hat Hauptmann von Francois selbst an ihrer agrarischen Leistung be-gründeten Zweifel. . . . Es ist der Wunsch aus-gesprochen worden, Buren in Zahl von zweitausend und mehr auf einmal hineinzulassen. Dem widerspreche ich ganz entschieden; denn die Buren haben ein starkes Unabhängigkeitsgefühl, und ob bei einer solchen Buren-Gesellschaft eine Schutz-truppe auch von 200 Mann ausreichen würde? Die Buren machen selber Anspruch, ihr eigenes Recht und ihre eigene Verwaltung zu haben. Ich glaube, wir würden gut thun, uns zunächst zu beschränken. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Siedelungs-Gesellschaft im Stande sein wird, immer mehr Deutsche einzuführen u. s. f.“

Zunächst geht darans hervor, daß der Bur Bosman wohl nicht ganz recht hatte, wenn er in den Verhandlungen für den Virentrel b. hauptete, Hauptmann v. Francois habe ihn aufgefordert, recht viele Buren herbeizuführen. Der selbstber-tretende Reichstonsminister hatte nicht minder Ver-denten gegen die Buren, als die Reichsregierung, in Berlin selbst hierin ist keine Milderung ein-getreten, sondern man ist in der damaligen Hal-tung noch befestigt worden, nachdem die Siedelung in dem letzten halben Jahre unerwartete Fort-schritte gemacht hat und die besten Ansichten bietet. Das südwesafrikanische Schutzgebiet ist die einzige deutsche Kolonie, welche deutschen Anziedlern zum dauernden Verbleiben empfohlen werden kann. Dieses Gebiet darf man sich nicht selbst beschrän-ken durch Zulassung von Leuten, die nichts zur Befugung des Landes beitragen.

**Alexandrien, 12. Juli.** 85 an Cholera erkrankte Pilger sind in das Hospital von El Tor aufgenommen; 40 Personen sind dajelbst an Cho-lera gestorben.

### Amerika.

**Chicago, 11. Juli.** Kein günstiger Stern waltet über der kolumbischen Weltansstel-lung. Nachdem abgesehen von administrativen Störungen, schon verschiedene Unfälle die Aus-stellung heimgesucht hatten, wüthete gestern eine Feuersbrunst im Jackson-Park, bei welcher, ohne von materiellen Schaden zu sprechen, mehrere Pompier's einen schauerhaften Tod fanden. Das Feuer entstand in einem mächtigen Bau, in welchem ein Theil der holländischen Produkte ausge-stellt waren, und dessen 2 Anbauten gewaltige Kobleztuger enthielten.

Sofort nach Ausbruch des Feuers waren die Pompier's der Ausstellung auf dem Plage und Niemand dachte daran, daß das Feuer großen Schaden anrichten könnte. Verschiedene Jener-Wehrleute stiegen auf den Thurm des Gebäudes, um die noch ziemlich schwachen Flammen von oben herab sicher bewältigen zu können. Wäh-rend die Wasserstrahlen schon spielten, genann das Feuer plötzlich und ganz unerwartet eine so rapide Ausdehnung, daß im Nu der von Pom-pier's besetzte Thurm von den Flammen ergriffen wurde. Dies geschah mit einer solchen Erschül-terung seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt,

